



Dossier

Am 16. Februar 2017 fand in der Alten Handelsbörse in Leipzig die erste Veranstaltung der Hallenser Wirtschaftsgespräche e.V. in Kooperation mit dem Europa-Haus Leipzig e. V. und dem Europe Direct Informationszentrums zum Thema „Der neue Kalte Krieg“ statt.

Nach der Begrüßung durch den Vorstandsvorsitzender der Hallenser Wirtschaftsgespräche e.V., Dr. Thomas Schneider, konnten etwa 30 Teilnehmer einer spannenden Diskussion folgen.



Der emeritierte Professor für internationale Beziehungen und deutsche Außenpolitik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, **Prof. Dr. Reinhard Rode**, stelle am Anfang fest, dass er China und nicht Russland als neue aufstrebende wirtschaftliche und militärische Macht der Zukunft sieht. Sicher hat aber die EU-Osterweiterung Russland verärgert. Die Sanktionen gegen Russland hält er eher für eine Symbolpolitik des Westens.

Der Projektleiter des Deutsch-Russischen Forums, stellvertretender Vorsitzender des Verbandes der Russischen Wirtschaft in Deutschland, Senior-Advisor für EU- Angelegenheiten bei Gazprom und Mitglied des Petersburger Dialogs, **Prof. hon. Alexander Rahr**, sieht einen ideologischen Konflikt zwischen dem Westen und Russland. Für Russland wäre ein eventuell



von der USA beabsichtigter NATO- Beitritt der Ukraine, Weißrusslands, Moldawiens und Georgiens nicht denkbar. Dies würde als Eingriff in Ihre Einflussphäre und seine Sicherheit gesehen. Sicher gibt es in Russland die Idee, dass alte Imperium wieder aufzubauen. Dabei spielt die 2014 gegründete eurasische Wirtschaftsunion eine wichtige Rolle. Es ist absehbar, dass Russland niemals in die EU oder NATO eintreten wird.



Der Oberst a.D. und Mitarbeiter der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik bei der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, **Wolfgang Richter**, gab zu bedenken, dass die Ablösung der Konfrontation des Kalten Krieges durch eine kooperative europäische Sicherheitsordnung möglich wurde, weil beide Seiten die strategische Zurückhaltung und die Beachtung gemeinsamer Prinzipien vereinbarten. So legte der Zwei-plus-Vier-Vertrag fest, keine NATO-Truppen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR und Berlins zu stationieren. Der KSE-Vertrag leitete die Abrüstung um 60.000 Großwaffensysteme ein, bestimmte ein militärisches Gleichgewicht zwischen den Blöcken und hielt auch nach dem Zerfall des Warschauer Pakts und der Sowjetunion die NATO und Russland geographisch auf Distanz. Auch die erste Osterweiterung der NATO (1997) war in eine kooperative Vereinbarung eingebunden: In der NATO-Russland-Grundakte von 1997 verpflichtete sich die NATO, mit Russland eng zusammenzuarbeiten und keine zusätzlichen substantiellen Kampftruppen permanent zu stationieren. Russland verpflichtete sich zu einer ähnlichen Zurückhaltung in den Grenzgebieten zu Polen und dem Baltikum. Die Sicherheitskooperation scheiterte später an ungelösten Territorialkonflikten, der Blockade des KSE-Anpassungsabkommens, völkerrechtswidrigen Interventionen und strategischen Streitfragen, insbesondere der



US/NATO-Raketenabwehr. Eine Rückkehr zur Sicherheitskooperation setzt voraus, dass die Minsk-Abkommen umgesetzt werden, die OSZE als inklusives Forum für die kooperative Sicherheit „von Vancouver bis Wladiwostok“ gestärkt wird und die strategische Zurückhaltung wieder als sicherheitspolitische Richtschnur von allen Seiten anerkannt wird. Dazu gehört auch die Wiederaufnahme der konventionellen Rüstungskontrolle („Steinmeier-Initiative“).

Prof. Dr. Albrecht Horn, ehemaliger Direktor im UN Sekretariat und Präsidiumsmitglied der DGVN, unterstrich die Notwendigkeit die Strukturen der Vereinten Nationen der sich entwickelnden multipolaren Weltordnung anzupassen. Dies erfordert in erster Linie eine Reform des Sicherheitsrates. Größe, Zusammensetzung und Entscheidungsverfahren müssen reformiert werden. Das erfordert eine stärkere Berücksichtigung der Interessen der Schwellenländer. Das Vetorecht der fünf Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates bedarf einer Modifikation. Es ist zu berücksichtigen das heute Nichtinternationale bewaffnete Konflikte dominieren. Die Kriterien für UN legitimierte Interventionen sind neu zu bestimmen. Das betrifft vor allem sog. Humanitäre Interventionen. Zudem sind in einem erweiterten Sicherheitsbegriff sozioökonomische und ökologische Bedrohungen stärker zu berücksichtigen.